



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler, Gabriele Triebel, Christian Zwanziger, Claudia Köhler, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Schulkinder sicher unterwegs! „Schulweg-Checks“ für die Kommunen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Programm für „Schulweg-Checks“ und „Fußverkehrs-Checks“ vorzubereiten und dabei die neuen Möglichkeiten nach der Novelle des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) und der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) einzubeziehen. Die Maßnahme soll in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e. V. entwickelt werden (nach Beispiel anderer Bundesländer).

#### **Begründung:**

Der sichere Weg zur Schule sowie sichere, bequeme und barrierefreie Fußwege sind ein wesentlicher Teil der Alltagsmobilität. Derzeit müssen Kommunen vor Ort jeweils individuell alle Möglichkeiten abprüfen, um Lösungen für einen besseren, sichereren Weg zur Schule zu finden, insbesondere mit den neuen Möglichkeiten nach der StVG- und StVO-Novelle wie Tempo 30 und Zebrastrreifen.

Daher soll der Freistaat die Kommunen bei der Durchführung von professionellen Fußverkehrs- und Schulweg-Checks mit einem standardisierten Ablauf unterstützen. Bei diesem partizipativen Verfahren bewerten Bürgerinnen und Bürger, Politik und Verwaltung gemeinsam die Situation der Schulwege sowie des Fußverkehrs vor Ort und erarbeiten Vorschläge, wie die Wege zur Schule und die Wege zu Fuß künftig noch attraktiver und sicherer gestaltet werden können. Die Sicherheit der Schulwege soll priorisiert und die Schulgemeinschaften dabei einbezogen werden.

So können Kommunen bei Begehungen vor Ort konkrete Lösungen für gefährliche Situationen finden und konsequent umsetzen. Damit wird die Sicherheit für Schulkinder bedeutend erhöht.

Etwaig nötige Mittel sind im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 vorzusehen.